

sterntaler-
jugendhilfe.de



Haushalt 2012

Verabschiedung im Rat am 27.03.2012

Anlage 10 zu TOP 18

48431 Rheine, 29/ März 2012

Kugeltimpen 7

Tel.: (0 59 71) 1 27 39

URL: www.gruene-rheine.de

E-Mail: Reiske@gruene-rheine.de

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

Sehr geehrter Herr Lütkeemeier,

Sehr geehrte Damen und Herren des Rates,

Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer dieser Sitzung,

wie in jedem Jahr wird für unsere Stadt ein neuer Haushalt aufgestellt. Und es geht, wie in jedem Jahr um.... Geld.

Was ist Geld? Geld ist eine Idee, sagen die Einen. Geld ist, mit Wikipedia können wir uns sicher darauf einigen, ein Zwischentauschmittel.

Geld steht für einen Wert. Mit Geld wird ein Wert, eine Wertigkeit ausgedrückt. Geld gibt es als Bargeld. Der viel größere Teil unseres Geldes ist Girogeld, welches, wenn auch in Bargeldloser Form, ebenfalls Wertigkeiten ausdrückt.

Und es wird Geld geschöpft. Die Schöpfung von Geld erfolgt über die Vergabe von Krediten. Kredite wiederum gründen sich auf eine in der Zukunft liegende Hoffnung, dass dieses Geld zu noch mehr Geld werde.

Aus diesem Blickwinkel ist auch ein kommunaler Haushalt zu betrachten. Wir investieren, nehmen wir als Beispiel das Jugendamt, in die Zukunft der Kinder, die irgendwann diese Stadt und dieses Land tragen sollen. Das ist gut investiertes Geld, genau wie die Investitionen in Bildung und Sport. Auch hier setzen wir auf eine Wertschöpfung in der Zukunft. Was nicht bedeutet, auch hier nach Einsparmöglichkeiten zu suchen. Auch hier müssen wir sparen, dürfen aber die Kernaufgaben nicht vernachlässigen. So ist es ein Schritt in die richtige Richtung, wenn sich das Jugendamt, wie von uns angeregt, die von den Trägern geleisteten

Fachleistungsstunden von den Klientinnen und Klienten gegenzeichnen läßt. So ist es aber immer noch falsch, wenn wir als Stadt die Leitungsstelle des Bildungsträgers “ Jugend-und Familiendienst “ finanzieren. Auch vom Caritasverband erwarten wir, dass er der Stadt Einsparmöglichkeiten aufzeigt und sich neuen finanzwirksamen Strukturen gegenüber offen zeigt.

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Stadt hat im Jahre 2012 rund 84 Millionen Euro Schulden. Die Schulden teilen sich auf in 62,2 Millionen € Investitionskredite und 21,7 Millionen €

Liquiditätskredite. Von diesen Schulden müssen wir runter. B 90 / Die GRÜNEN lehnen den Haushalt aus vielerlei Gründen ab. Uns passt, und da verweise ich auf meine Eingangsworte, nicht, wie Sie von der schwarzgelben Mehrheit, das Geld dieser Stadt und damit das Geld der Menschen dieser Stadt, für welchen Wert einsetzen. Mit anderen Worten: Das, was Ihnen etwas Wert ist, ist es uns nicht oder zumindest nicht in dem Maße, wie es Ihnen etwas Wert ist.

1. Sie, sehr verehrte Damen und Herren von CDU und FDP haben vor drei Jahren den von der Verwaltung dringend angeratenen Verkauf des Berufskollegs an den Kreis, der ja für rund 7 Millionen Euro kaufen wollte, abgelehnt. Diese 7 Mio hätten unserem Haushalt gut getan. Sie haben diesen Fehler erkannt, denn jetzt wollen Sie verkaufen. Aus diesem damals wie heute richtigen Schritt, deuten Sie jetzt aber schon wieder den nächsten Fehler an: Statt mit dem Geld, wenn denn der Verkauf gelingt, den Haushalt zu konsolidieren, sollen mit diesem Geld künftige Gewerbe- und Industrieflächen subventioniert werden.
2. Auch der zweite Punkt fällt Ihnen aufgrund Ihrer Versäumnisse auf die Füße. Die Geschäftsführung der Stadtwerke hatte vor zwei Jahren den Verkauf der Parkhäuser im Strategiebuch verankert. Aufgrund Ihrer Intervention ist dieser Punkt so nicht verabschiedet worden. Wir waren zu dem Zeitpunkt die einzige politische Kraft in dieser Stadt, die verkaufen wollte. Sie wollten nicht verkaufen. Aufgrund des jetzt festgestellten hohen Sanierungsbedarf droht die Parkraumbewirtschaftung in ein noch höheres Defizit zu rutschen. Scheinbar reift inzwischen bei Ihnen die Erkenntnis über den dringend notwendigen Verkauf. Nach Abzug von Steuer, Vorteilen des steuerlichen Querverbands dürfte bei einem Verkauf, sprich Privatisierung, der Gewinn der Stadt bei sehr konservativer Schätzung zwischen 300.000 und 400.000 € liegen. Geld, dass wir aufgrund Ihrer falschen Entscheidung für die Vergangenheit abschreiben können.
3. Das Parkinsonsche Gesetz, nach dem Verwaltungen die Eigenschaft haben, sich ständig selbst aufzublähen, ist seit längerer Zeit nicht mehr in unserer Verwaltung zu beobachten, denn hier werden Stellen eingespart. Die Verwaltung ist nach der Wahl von Frau Dr. Kordfelder zur Bürgermeisterin

deutlich schlanker geworden. Ein Prozess übrigens, den die Kreisverwaltung unter Herrn Kubendorff noch vor sich hat. Dieses sind Versämnisse des Kreises, die wir über die Kreisumlage mitzahlen. Das Parkinsonsche Gesetz jedoch, ist in Rheine ausgerechnet in der Wirtschaftsförderung zu beobachten. Zu den ohnehin schon üppigen Subventionen an die EWG in Höhe von mehr als 800.000 € packen Sie jetzt noch 100.000 € drauf fürs Stadtmarketing. Fast 1 Mio € schieben Sie demnächst jährlich in den Kontor an der Ems. Dieses Handeln, so die entsprechenden Kommentare in der Ortspresse, ist nicht nur nicht vermittelbar. Sie entziehen ausgerechnet den Bereich des Stadtmarketings, das mit und in der Öffentlichkeit arbeiten soll, der Öffentlichkeit. Sie schaffen Intransparenz wo Transparenz nötig ist. Sie schieben das Stadtmarketing in die EWG, wobei die EWG kaum Erfahrung mit dieser wichtigen städtischen Aufgabe hat. Frau Frauns hat am 7. Februar schon richtig erkannt: Hier geht es um Macht und das sage ich, es geht Ihnen um Ihr schwarzgelbes politisches Ziel: Die Bürgermeisterin zu schwächen, wo immer es geht. Ob es die Streichung der Stelle des Stadtpressesprechers ist, weshalb wir den Stellenplan ablehnen, oder um die Daueraufwertung der EWG. Immer haben Sie eines im Sinn: Die Bürgermeisterin zu schwächen. So suchen Sie nicht der Stadt Bestes. Weiter hat Frau Frauns gesagt: Es wird schwer werden, diese Stelle zu besetzen. Zitat: " Das ist ein Schleuderstuhl. Sie können die Stelle sogar mit Dienstwagen ausstatten. Es wird schwer, die richtige Frau, den richtigen Mann zu finden." Apropos Dienstwagen: Diejenigen, die sich erinnern können an Ihre Aufgeregtheit in Sachen Dienstwagen der Bürgermeisterin. Die im Rat und in den Ausschüssen vorhandene Transparenz läßt eine solche Diskussion zu. Aber wer diskutiert eigentlich über den Dienstwagen des Geschäftsführers der EWG?

4. Sie haben mit Ihrer Mehrheit die Verkleinerung und Zusammenlegung von Ausschüssen abgelehnt. Wir waren bereit, dem Verwaltungsvorschlag in wesentlichen Teilen zu folgen. Das hätte zu Einsparungen im 5 stelligen Bereich geführt.
5. Wir wollen eine Kürzung in Höhe von 110.000 € bei Safe&Co. Aus unserer Sicht ist die mit dieser Einrichtung erhoffte Wirksamkeit nicht gegeben. Die Kriminalstatistik 2011 spricht eine deutliche Sprache.
6. Wir wollen auch eine Veränderung bei der Pflege der Parks in Rheine. Diese Parks leben nicht. Sie strahlen eine gewisse Sterilität aus. Wer wagt es schon, außer bei der Grillparty, den Rasen zu betreten? Hier können wir einsparen. Etwas weniger Pflege, etwas weniger Rasenmähen. Das tut keiner und keinem in dieser Stadt weh.

Ich könnte meine Liste noch fortsetzen beispielsweise mit den Punkten Mindereinnahmen bei der Hundesteuer oder der Weiterfinanzierung der öffentlichen Bekanntmachungen. Die Summe Ihrer Versäumnisse ist hoch.

Wir reißen mit dem Haushalt 2012 die Latte zur Haushaltssicherung. In 2013 wird sich die Lage insbesondere durch die Zuwendungen der Stadtparkasse und der Stadtwerke verbessern. Diese Zuwendungen tragen wir mit, aber nur diese. Wir wollen die Stadtparkasse und die Stadtwerke nicht weiter melken. Wir wollen beide Unternehmen als das erhalten, was sie sind: Gesunde Unternehmen. Wir müssen die Konsolidierung des Haushalts aus eigener Kraft schaffen. Wir als GRÜNE wollen die Konsolidierung um in naher Zukunft Geld für ein kommunales Förderprogramm zur energetischen Gebäudesanierung den Menschen in unserer Stadt zur Verfügung stellen zu können. Die Energiepreise beginnen zu galoppieren. Das Thema “Energiearmut”, dass viele Menschen das Geld zur Beheizung ihrer Wohnungen nicht mehr aufbringen können, wird an Bedeutung zunehmen. Wir wollen ein kommunales Programm zur Energetischen Gebäudesanierung auflegen, weil die Regierung in Berlin die Förderprogramme hierfür zusammenstreicht. Diese Regierung predigt zwar die Energiewende. An ihren Taten aber ist die Energiewende nicht zu erkennen. Wir müssen runter von unseren Schulden. Das geht nur, wenn wir an den laufenden und wiederkehrenden Kosten Einsparungen vornehmen. Wir müssen strukturell etwas verändern. Da, sehr verehrte Damen und Herren der schwarzgelben Mehrheit, sind Sie uns 1. nicht konsequent genug in Ihrem Willen zur Einsparung und 2. sind wir nicht einverstanden mit den von Ihnen gesetzten Prioritäten.

Die Fraktion B 90 / Die Grünen lehnt diesen hier vorgelegten Haushalt ab.

Michael Reiske